

# ASF aktuell



**ERGEBNISORIENTIERT** Interview mit Ministerin Altpeter - ab Seite 2

**ERNÜCHTERND** Armuts- und Reichtumsbericht - ab Seite 5

**ERSCHRECKEND** Aus Hungerlöhnen werden Hungerrenten- ab Seite 9

## FRAUEN UND ARMUT

EIGENE SOZIALE ABSICHERUNG WIRD IMMER SCHWIERIGER



Liebe politisch-interessierte Frauen,  
liebe Leserinnen und Leser,  
Heinrich Heine hat einmal gesagt: "Armut ist das Los der  
großen Menschheits helfer."

Mit unserer heutigen Ausgabe der ASF aktuell nähern wir  
uns dem Thema „Frauen und Armut“. Wir versuchen,  
einen breiten Blick auf die aktuellen Diskussionen,  
politischen Forderungen, sowie mögliche Handlungs-  
optionen zu bieten.

Die Armut von Frauen in Deutschland ist mittlerweile ein  
generationsübergreifendes Phänomen und zieht sich quer  
durch alle Lebensbereiche.

Im Jahr 2008 veröffentlichte der Französische Soziologe  
Serge Paugam die „Elementaren Formen der Armut“ in  
deutscher Sprache. Die Armut als soziale Frage zu  
betrachten und den Anspruch eine Soziologie der Armut  
einzuführen, galt als Motivation für seine empirische  
Studie. Ich beschränke mich in dieser kurzen Einführung  
auf seine Definition der „integrierten Armut“. Diese  
Beschreibung ist stark auf die Situation von

Arbeitnehmer/innen in der Erwerbsgesellschaft und dem  
gesellschaftlichen Kontext innerhalb des  
Wirtschaftssektors fokussiert. Mit der „integrierten  
Armut“ skizziert Serge Paugam, dass die Armut in der  
Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Es ist kein  
Randgruppenphänomen, sondern vielmehr ein  
sozialstaatlich akzeptierter Fakt. Die Abhängigkeit von  
wirtschaftlicher Selbstständigkeit, sozialen Sicherungs-  
systemen und sozialen Beziehungen sind grundlegende  
Bestandteile seiner Theorie.

Wir können seit einigen Jahren für die  
Lebenslaufperspektive von Frauen festhalten, dass es  
immer schwieriger wird, die eigene soziale Absicherung  
zu stemmen. Frauen stehen heute meist vor  
Entscheidungen, die „entweder/oder“ lauten. Entweder  
Kind, oder Karriere! Entweder häusliche Pflege oder Beruf!  
Entweder Auszeit für die Familie oder Rentenansprüche!  
Entweder Teilzeitjob oder ausreichender Verdienst! Eine  
längere Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, egal aus  
welchen Gründen, ist mit der momentanen politischen  
Ausrichtung unseres Sozialstaates Armutsrisiko Nummer

– weiter auf Seite 2

### IN DIESER AUSGABE

Editorial	Seite 1-2
Interview mit Katrin Altpeter	Seite 2-3
Armut ist weiblich	Seite 3-4
Unsere Gesellschaft driftet auseinander	Seite 5
Altersarmut	Seite 5-6
Tafelladen	Seite 7
Bedingungsloses Grundeinkommen	Seite 8-9
Hungerlöhne - Hungerrenten	Seite 9-10
Armes Europa	Seite 11
Migrantinnen	Seite 10-11
Wirtschafts- und Finanzkrise	Seite 12
Impressum	Seite 12

eins. Wir leben in einer Gesellschaft, die über die Erwerbstätigkeit definiert wird, doch die Teilhabe am Alltag ist meistens von monetären Gegebenheiten abhängig. Beispielsweise die alleinerziehende Mutter, die Frau in einem prekären Arbeitsverhältnis, die Geschiedene ohne Unterhaltsansprüche oder Rentenausgleich hat tagtäglich vielfältige Belastungen zu tragen. Sie kann sich häufig die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schlicht nicht leisten.

Es wird auf eine Politik des „Förderns und Forderns“ gesetzt, stufenweise die Leistungen des Sozialstaates abgebaut, immer mehr Verantwortung auf das Individuum verlagert und dabei billigend in Kauf genommen, dass die soziale Ungleichheit immer weiter zunimmt. Wer keine Möglichkeiten und Voraussetzungen hat, für seine soziale Sicherung selbst aufzukommen, bleibt als mögliche Verliererin zurück!

Gleichermaßen wie der Abbau des Sozialstaates vorangetrieben wird, werden die Bemühungen um das bürgerschaftliche Engagement gestärkt. Das Ehrenamt muss als ergänzendes Angebot "aushelfen". Ohne dieses gäbe es bereits viele soziale Angebote nicht mehr. Das Groteske dabei ist, dass der Wert der geleisteten Arbeit bei Frauen im Ehrenamt durchaus allen Beteiligten bewusst ist, doch innerhalb einer Gesellschaft, die sich über wirtschaftlichen Erfolg ihrer Teilnehmenden definiert, wird der Wert der Arbeit von Frauen im Ehrenamt mit Null Euro bemessen!

Welches reale Wunsch- und Wahlrecht von Lebensperspektiven bleibt vielen Frauen denn tatsächlich? Die Gewissheit, dass ihnen vielleicht in ihrer Armutssituationen unterstützend unter die Arme gegriffen wird? Das Recht auf eine existenzielle Grundsicherung, die gerade so zum Überleben ausreicht, oder die Möglichkeit den Tafelladen zu nutzen? Wen wundert angesichts dieser Hilfsleistungen, dass die verschämte Armut in unserer Gesellschaft (in der sie ja immerhin integriert zu sein scheint) so häufig anzutreffen ist. Der Gang zum Sozialamt ist für viele Frauen eine

kaum zu überwindende Hürde. Diese Erfahrung setzen viele mit dem Verlust des Selbstwertgefühls gleich.

Im Artikel 1 unseres Grundgesetzes steht, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, somit also der Schutz der Würde menschlichen Lebens eine zentrale staatliche Aufgabe darstellt. Bisweilen schleicht sich die Erkenntnis ein, dass der Anspruch des Grundgesetzes immer öfter wirtschaftlichen Zwängen zum Opfer fällt. Laut den weltweiten, europäischen sowie nationalen Statistiken und empirischen Erhebungen lässt sich leider feststellen, dass Frauen die Personengruppe sind, die davon in Zukunft am häufigsten betroffen sein wird.

Mit dieser Ausgabe „Frauen und Armut“ geben wir einen ersten Impuls für dieses wichtige Zukunftsthema. Mit verschiedenen Beiträgen aus allen politischen Ebenen wird das Thema differenziert betrachtet. Im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen müssen wir uns der Frage stellen, in welcher Gesellschaft wir zusammen leben wollen. Akzeptieren wir den Umstand, dass die Armut Teil unseres Systems ist, oder werden wir alles daran setzen, Armutsbekämpfung und Armutsvermeidung voranzutreiben. Die Armutsbewältigung hingegen benötigt eine ethische Überprüfung dahingehend, dass wir den betroffenen Menschen ihre Würde als unveräußerliches Menschenrecht zugestehen und achten.

Bei den vielen Autorinnen möchte ich mich für die vielfältigen und sehr nachdenklichen Beiträge bedanken. Dieses Thema berührt, verärgert und motiviert, politisch aktiv zu werden.

Ich würde mich freuen, wenn ihr nach der Lektüre „Frauen und Armut“ berührt, verärgert und motiviert seid, in diesem politischen Thema mitzuarbeiten.

Es ist an der Zeit die Fehler aus der Vergangenheit politisch zu korrigieren!

Solidarische Grüße

Sonja Elser  
Stellv. ASF-Landesvorsitzende

## INTERVIEW MIT MINISTERIN KATRIN ALTPETER

### WAS KANN DIE LANDESREGIERUNG GEGEN ARMUT TUN?

*Baden-Württemberg ist ein reiches Land. Gibt es in Baden-Württemberg überhaupt Armut und wenn ja, wen trifft sie?*

Baden-Württemberg hat tatsächlich die niedrigste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer. Das heißt aber nicht, dass es bei uns im Land keine Armut gibt. Laut Statistischem Bundesamt sind 14,7 Prozent der Baden-Württemberger von Armut bedroht, d. h. sie müssen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen. Frauen – und zwar vor allem Alleinerziehende und Ältere – sind neben Senioren und den unter 25-Jährigen besonders betroffen. Und gerade weil Baden-Württemberg ein reiches Land ist, ist mir jede und jeder Einzelne davon zu viel.

*Was kann die Landesregierung und was können Sie als Ministerin gegen Armut tun?*

Ich will den Kampf vor allem gegen Kinder- und Frauenarmut verstärken. Armut hat viele Ursachen, deshalb kann eine Politik gegen Armut nur dann erfolgreich sein, wenn sie aus einem ganzen Maßnahmenbündel besteht. Dazu gehören zum einen finanzielle Transfers, für die vor allem der Bund und die Sozialversicherungssysteme zuständig sind. Das Land kann seinen Beitrag durch Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration, durch Bildungs- und Ausbildungsangebote und durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Ich bin stolz darauf, dass wir seit dem Regierungswechsel in vielen

dieser Bereiche Dinge schon erfolgreich angestoßen haben.

Bereits im Dezember 2011 haben die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände den Pakt für Familien geschlossen, in dessen Mittelpunkt die Verbesserung der Kleinkindbetreuung steht. Für 2012/2013 haben wir die entsprechende Förderung für die Kommunen um 640 Mio. Euro auf insgesamt 921 Mio. Euro erhöht. Dadurch ermöglichen wir es vielen Frauen, ihre Familien- und ihr Berufsleben besser miteinander zu vereinbaren. Und Arbeit ist das beste Mittel gegen Armut.



**Katrin Altpeter Mdl**

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

*Ministerin Altpeter hat eine Ausbildung zur staatlich anerkannten Altenpflegerin absolviert, war später in der ambulanten und stationären Pflege tätig und hat sich zur Lehrerin für Pflegeberufe weitergebildet. Sie war zuletzt auch Lehrbeauftragte an der Katholischen Fachhochschule Freiburg. Sie ist seit 2001 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und arbeitete bis zu ihrem Amtsantritt als Sozialministerin im Mai 2011 als Mitglied im Sozialausschuss des Landtags und im Arbeitskreis Sozialpolitik der SPD-Fraktion als Pflegeexpertin und später auch als Gesundheitsexpertin und war zugleich stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.*

Darauf, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, zielt auch unser Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“, das

sich gezielt an langzeitarbeitslose Menschen richtet. Mit dem Programm fördern wir aber auch gezielt die Teilzeitausbildung von alleinerziehenden Frauen – und zwar zwischen 2012 und 2014 mit ca. 15,5 Mio. Euro.

Besonders am Herzen liegt mir der erste Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg, den die Landesregierung auf meine Initiative hin mit allen wichtigen Institutionen und Verbänden zurzeit erarbeitet und der 2015 vorliegen soll. Dann werden wir zum ersten Mal ganz genau wissen, wo es bei uns Armut gibt und auch, wo sie sich bislang vielleicht versteckt. Auf der Grundlage dieser Daten – und das ist sogar noch wichtiger – werden wir ganz gezielt konkrete Handlungsempfehlungen für die Bekämpfung und Vermeidung von Armut geben können. Mein Ziel ist es, gemeinsam mit dem Beirat, der die Erstellung des Berichts begleitet, eine „Charta zur Armutsbekämpfung“ für Baden-Württemberg zu erarbeiten. Darin sollen sich die Mitglieder verpflichten, die gemeinsam beschlossenen Ziele zur Armutsbekämpfung in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen durchzusetzen.

*Die Landesregierung hat erst vor kurzem gemeinsam mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns eingebracht. Ist ein Mindestlohn für Frauen besonders wichtig?*

Ja, das hängt damit zusammen, dass Frauen wesentlich häufiger als Männer im Niedriglohnsektor und zu Dumpinglöhnen arbeiten, die es ihnen unmöglich machen, sich selbst geschweige denn ihre Familien zu ernähren. Und es sind genau diese Frauen, die in der Zukunft von Altersarmut betroffen sein werden – weil sie heute keine ausreichenden Rentenansprüche erwerben und nichts für das Alter ansparen können. Wenn wir wollen, dass diese Frauen – heute und in Zukunft – von ihrer Arbeit leben können, dann müssen wir sicherstellen, dass sie während ihres Erwerbslebens genug verdienen. Deshalb setze ich mich für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto als absoluter Untergrenze ein.

*Das Interview führte Sonja Elser.*

## ARMUT IST WEIBLICH

### EUROPÄISCHES PARLAMENT FORMULIERT FORDERUNGEN AN DIE MITGLIEDSSTAATEN

Armut ist weiblich. Wie bitte? Ja, Frauen sind in Europa deutlich häufiger als Männer armutsgefährdet oder von Armut betroffen. Im Jahr 2010 galten 17 Prozent der Frauen in der Europäischen Union als arm, Männer im Vergleich zu rund 2 Prozent. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, ältere Frauen und Migrantinnen. So lebten 2010 EU-weit 21 Prozent der Frauen über 65 Jahren in Armut und 33 Prozent der Alleinerziehenden waren von Armut gefährdet. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Armutsrisiko für Frauen weiter erhöht, denn die Sparpolitik der Regierungen setzt vor allem im öffentlichen Dienst, in dem Frauen die Mehrheit stellen,

und bei Sozialleistungen an, auf die Frauen besonders angewiesen sind. Die um sich greifende Jugendarbeitslosigkeit betrifft auch und gerade junge Frauen. Soweit und so erschreckend die Lage.

Was sind die Ursachen? Entscheidend ist die Erwerbssituation. Wer arbeitslos ist oder einer schlecht bezahlten Beschäftigung nachgeht, lebt zumeist entweder bereits in Armut oder ist davon bedroht. Spätestens im Alter schnappt die Armutsfalle zu. Die Problematik trifft besonders Frauen, weil Frauen auf dem Arbeitsmarkt schlechter gestellt sind als Männer. Sie arbeiten weitaus häufiger in Teilzeit und in Minijobs und

verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen. Dass der *Equal Pay Day* in diesem Jahr in Deutschland auf den 21. März fiel und die geschlechtsspezifische Lohnlücke damit bei sage und schreibe 22 Prozent liegt, verdeutlicht das Ausmaß. Selbst bei gleicher Qualifikation und gleicher oder gleichwertiger Arbeit beträgt das Gefälle immer noch acht Prozent. Das ist ein unhaltbarer Zustand! Die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern drückt sich auch in der Unterrepräsentation von Frauen in den Spitzenpositionen von Politik, Verwaltung und Wirtschaft aus. Die Chefetagen sind weiter in Männerhand. Ihren freiwilligen Selbstverpflichtungen kommen die Unternehmen nicht nach und Frauen stoßen in der Folge auf ihrem Weg nach oben unweigerlich an eine „gläserne Decke“.

Was ist zu tun? Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 8. März 2011 auf das Problem der Frauenarmut hingewiesen und wichtige Forderungen an die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten gerichtet. Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Vollzeitarbeitsstelle, Gender Mainstreaming, aktive Beschäftigungspolitik und gezielte Maßnahmen zum Abbau von Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt stehen dabei im Zentrum. Als konkretes Ziel wird die Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles um 10 Prozent bis 2020 angestrebt.



Evelyne Gebhardt MdEP

In einer weiteren Entschließung hat das Parlament eine EU-weite Geschlechterquote für Vorstände und Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen gefordert. Doch selbst der abgespeckten Version eines „Quötchens“ von Justizkommissarin Reding stellte sich die Bundesregierung entgegen und untermauerte damit einmal mehr ihre Gleichstellungsfeindlichkeit.

Generell bewegt sich ohne Impulse aus EU und Opposition in Deutschland gleichstellungspolitisch gar nichts. In ihren länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen der EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“ hat die EU-Kommission Deutschland ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die geringe Vollzeitbeschäftigungsquote von Frauen ein Problem ist. Es wird kritisiert, dass finanzielle Fehlanreize und das Fehlen von Ganztagesbetreuungsplätzen und Ganztageschulen eine

stärkere Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt verhindern.

Höchste Zeit, etwas zu ändern! Frauen sind heute besser ausgebildet denn je. Sie wollen und verdienen bessere Perspektiven als Praktika und Minijobs, die nachweislich keine Brücke in reguläre Beschäftigung sind. Die Ausweitung der Verdienstgrenze für Minijobs ist ein großer Fehler, denn diese Jobs sind schlicht eine Falle, aus der die Großzahl der Frauen nicht mehr herausfindet. Ziel muss stattdessen die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro sein. Wir benötigen existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland von mindestens 8,50 Euro. Davon würden insbesondere Frauen profitieren, da sie häufig in den schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen tätig sind. Es ist nicht einzusehen, dass eine Krankenschwester schlechter bezahlt wird als ein Automechaniker. Das Prinzip *gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit* muss endlich durchgesetzt werden. Den Vorschlag der Bundestagsfraktion für ein Entgeltgleichheitsgesetz begrüße ich daher sehr.

Mit Freiwilligkeit kommen wir nicht weiter, das gilt auch für die Besetzung von Top-Posten in großen Unternehmen. Wir fordern deshalb zu Recht eine verbindliche 40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände großer Unternehmen. Nicht umsonst steht in unserem Grundsatzprogramm der grundlegende Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“. Nur wenn genügend Frauen an den Schaltstellen der Unternehmen und der Politik stehen, werden sich die Rahmenbedingungen und Strukturen so ändern, dass Frau auch Lust und Muße hat, auf der Karriereleiter ihren Weg zu finden.

Die überkommene Zementierung „typischer“ Frauen- und Männerberufe gilt es zu überwinden. Dafür muss sich auch die gesellschaftliche Wertschätzung sozialer Berufe erhöhen und in einer besseren Bezahlung niederschlagen. Das Steuersystem müssen wir so umbauen, dass das Alleinverdienermodell nicht länger bevorzugt wird. Es muss selbstverständlich sein, dass Kindererziehung eine partnerschaftliche Aufgabe ist und Frauen sich nicht mehr auf „Kinder, Küche, Kirche“ beschränken lassen. Statt eines 50er-Jahre-Revivals à la Betreuungsgeld wird jeder Cent für den quantitativen und qualitativen Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung benötigt. Des Weiteren brauchen wir ein neues Konzept der Lebensarbeitszeit, das Kindererziehungszeiten besser anerkennt.

Mit einem ganzheitlichen Ansatz können wir Frauenarmut überwinden und die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter erreichen. Bis es so weit ist, müssen wir immer wieder auf Defizite aufmerksam machen und den Finger in die Wunde legen. Die Impulse können nur von uns Frauen kommen, ohne unser Engagement wird sich nichts ändern! Der entscheidende Motor dafür ist die ASF – auch nach 40 Jahren.

Evelyne Gebhardt MdEP

# UNSERE GESELLSCHAFT DRIFTET AUSEINANDER

## ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT IGNORIERT WESENTLICHE URSACHEN FÜR ARMUT

„Wär ich nicht arm, wärest du nicht reich.“ (Bertold Brecht)

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in Deutschland immer größer. Das offenbart auch der inzwischen zum vierten Mal erschienene Armuts- und Reichtumsbericht. Kurz bevor dieser offiziell veröffentlicht wurde, strich die FDP einige brisante Stellen, um die Unterschiede zwischen Arm und Reich weniger drastisch klingen zu lassen. Dies kann jedoch nicht die Fakten verdecken. Der Bericht zeigt auf, wie ungerecht es in Deutschland seit vielen Jahren zugeht und vor allem, dass die Ungleichverteilung immer weiter zunimmt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland haben sich in den letzten Jahren zum Nachteil breiter Bevölkerungsschichten und zugunsten der Wohlhabenden verändert.

Dies zeigt sich unter anderem bei den Einkommen. Die unteren 40% der Vollzeitbeschäftigten mussten reale Entgeltverluste hin nehmen, während die obersten 10% einen Zuwachs verzeichnen können. Der Niedriglohn-Anteil befindet sich bei rund 23% und nimmt damit einen großen Anteil ein. Die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern bleibt unverändert groß. Frauen verdienen bei vergleichbarer Tätigkeit 22% (24% im Westen und 7% im Osten) weniger als Männer. Besonders besorgniserregend ist, dass die Zahl der unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten immer weiter zurück geht.

Auch bei den Privatvermögen zeigt sich, wie stark die Gesellschaft auseinander driftet. Die untere Hälfte der Bevölkerung verfügt nur noch über gut 1% des gesamten Nettovermögens. Das sind in absoluten Zahlen gerade mal 120 Milliarden Euro. Die obersten 10% besitzen hingegen mit 52,9% mit über 5 Billionen und mehr als das Fünfhundertfache davon. Trotz guter konjunktureller Lage ist das Armutsrisiko mit 15,1% auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Schon diese wenigen Zahlen zeigen, dass in Deutschland eine sehr kleine Reichtumselite auf der einen Seite existiert, während sich auf der anderen Seite die Armut in bestimmten Schichten dauerhaft verfestigt. Dieser Prozess führt auch dazu, dass die Mittelschicht immer weiter schrumpft. Dabei ist der Anteil der Menschen, die von der Mittelschicht in das Armutsrisiko gelangen, größer als derer, die aus der Mittelschicht zu den Reichen aufsteigen.

## ALTERSARMUT

### FRAUEN SIND BESONDERS BETROFFEN

Armut ist ein wichtiger Gradmesser für den sozialen Zustand einer Gesellschaft. Armutsgefährdet ist, wer mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen muss. In Baden-Württemberg

### Falsche Ausrichtung des Berichts der Bundesregierung

Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht nimmt gegenüber den ersten 3 Berichten eine wichtige Änderung vor. Er orientiert sich am sogenannten „Lebensphasenmodell“. Das führt dazu, dass strukturelle Benachteiligten weniger sichtbar werden und damit als Ursache nicht so gut erkannt werden können. Ein besonders großer Mangel des Berichts ist zudem, dass ein großer Teil der Lebensrealitäten von Frauen von vornherein gar nicht beachtet wird.

Der Bericht ignoriert die wesentlichen Ursachen für Armut und mangelnde Teilhabe. Dies zeigt, dass die Bundesregierung nicht gewillt ist, soziale Ungerechtigkeiten aufzudecken und dagegen vorzugehen.



Hilde Mattheis MdB

### SPD muss soziale Spaltung überwinden

Die SPD hat mit ihrem Entwurf des Regierungsprogramms die richtigen Grundlagen für mehr soziale Gerechtigkeit gelegt. Von der Bekämpfung prekärer Beschäftigung bis hin zur mehr Umverteilung in der Steuerpolitik. Die soziale Spaltung, die der 4. Armuts- und Reichtumsbericht offenbart, ist für eine so reiche Industrienation wie Deutschland mehr als ein Armutszeugnis. Das darf nicht so bleiben. Die SPD muss die Verteilungsfrage wieder in den Mittelpunkt ihrer Politik rücken und dies auch im Wahlkampf deutlich machen: immer mehr Armut auf der einen und immer mehr Reichtum auf der anderen Seite wird von uns nicht akzeptiert. Unser Anspruch ist die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit.

Eine ausführliche Dokumentation kann unter [www.Hilde-Mattheis.de](http://www.Hilde-Mattheis.de) herunter geladen werden.

Hilde Mattheis, MdB

ist etwa jeder achte von Armut betroffen. Ohne staatliche Transferleistungen wäre diese Zahl doppelt so hoch.

Gerade Frauen verstecken ihre Armut oft und schämen sich. Die sichtbare Armut bei Frauen dauert oft länger als bei Männern, obwohl Frauen sich eher um Hilfe bemühen.

Das scheinbare Aufrechterhalten eines Lebens, das in der Realität nicht mehr existiert, ist kräftezehrend.

Vor allem Frauen mit Kindern leiden erheblich. Meine Besuche bei verschiedenen Frauenberatungsstellen zeigen mir immer wieder, dass oftmals Frauen durch frühe und zahlreiche Schwangerschaften in eine Armutsfalle geraten und trotz ihrem Wunsch, einen Beruf erlernen zu wollen, durch ihr Alter in Probleme geraten. Weil auch ältere Frauen die Chance haben müssen, eine Ausbildung machen zu können, sind sie unausweichlich auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Zwar steigt die Erwerbstätigkeit von Frauen kontinuierlich seit vielen Jahren. 2009 lag sie bei 66 %. Es sind aber eben nicht Vollzeitjobs, sondern oft nur Teilzeitarbeit. Während die Zahl der erwerbstätigen Frauen gestiegen ist, nahm ihre Zahl gleichzeitig im Bereich der Vollzeittätigkeit ab. Das bedeutet auch, dass die Frauen deutlich geringere Rentenanwartschaften erwerben und im Alter die Armut droht.

Grundsätzlich erreichen Frauen deutlich geringere Renten als Männer. Diese decken häufig nicht einmal die Existenzsicherung. Ein Beispiel: 2008 bezogen westdeutsche Männer eine eigene Rente in Höhe von durchschnittlich 1034 Euro pro Monat, die westdeutsche Frau kommt auf nur 498. Die Zahlen in Ostdeutschland liegen im Verhältnis 994 zu 672, das liegt daran, dass ostdeutsche Frauen deutlich mehr und länger in Vollzeitbeschäftigung waren.

Der zu geringe Rentenanspruch trifft vor allem Frauen, die Kinder großgezogen haben und nur teilweise einer Erwerbsarbeit nachgehen konnten. Der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zieht hier die richtigen Schlüsse, indem er feststellt, dass eine geschlechtsspezifische Betrachtung der zwischen Männern und Frauen komplett unterschiedlichen Lebens- und Erwerbsverläufe erforderlich ist. Gleichzeitig fordern die Sachverständigen eine verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten und auch von sogenannter Fürsorgearbeit, d.h. der Pflege von Angehörigen.

Für erwerbstätige Frauen ist wichtig, dass es Angebote mit flexiblen Arbeitszeiten, mehr Teilzeitarbeit, Telearbeitsplätze und guter Kinderbetreuung gibt, dann haben Frauen, vor allem Alleinerziehende, eine Chance auf Einkommen und Perspektiven. Auch die Möglichkeit, mit über 30 Jahren noch eine staatlich geförderte Ausbildung machen zu können, muss eine Überlegung wert sein.



Bei der Suche nach Gründen zunehmender Armut in Deutschland sind in erster Linie die Deregulierung der Märkte und die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse bzw. die Auswüchse des Niedriglohnssektors zu nennen. Hier sind politisch die falschen Weichen gestellt worden. Die

Auswirkungen dieser Entscheidungen hat man damals verkannt. Gerade der Niedriglohnsektor sollte ja vermehrt als Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt dienen. In der Realität bleiben vor allem Frauen dort aber dauerhaft hängen und schaffen keinen Aufstieg. Frauen, die viele Jahre auf 400 Euro-Basis arbeiten, laufen sehenden Auges auf eine schlimme Altersarmut zu. Was diese Erwartung mit den Frauen seelisch und auch gesundheitlich macht, ist verheerend. Ich persönlich kenne genügend Frauen, die große Angst vor dem Alter haben und nicht wissen, wie sie mit der zu erwartenden Rente leben sollen.



Sabine Wölfle MdL

In Sachen Armutsrisiko für Frauen reiht sich Deutschland in die Kette mit Ländern wie Italien, Portugal und Spanien, Länder also, die eher als die Schlusslichter bei den europäischen Gesellschaftsmodellen gelten. Gegenwärtige Realität ist immer noch: Frauen fallen wirtschaftlich und sozial aus der gesellschaftlichen Mitte, sobald sie auf das bürgerliche Modell von Ehe und Familie gesetzt haben und dieses Modell dann aus irgendeinem Grund scheitert. Frauen sind in der Regel nach einer Trennung die Verliererinnen oder auch, wenn sie aufgrund fehlender Berufsausbildung keine Möglichkeit zu einem eigenen Verdienst haben. Gerade Frauen, die dem Familienmodell mit männlichem Haupternährer folgen und bestenfalls einen Zuverdienst anstreben, sind nach einer Trennung in einer aussichtslosen Lage, vor allem wenn der Unterhalt vom Ehemann nicht kommt oder die Kinder erwachsen sind und der Mann womöglich eine neue Familie hat.

Gesellschaftspolitisch weiß man schon lange, dass Frauen in diesen Fällen die eindeutigen Verliererinnen sind und dann oftmals von Armut bedroht sind. Trotzdem beginnt sich erst jetzt die Erkenntnis durchzusetzen, dass man Mädchen stärker fördern muss, dass Arbeit für beide Geschlechter gleich bezahlt werden muss und dass die konservativen Lebensmodelle nicht mehr ein Leben lang halten und Frauen sich frühzeitig auch auf ein eigenständiges Leben, u.U. auch mit Kindern vorbereiten müssen.

Sabine Wölfle MdL

# TAFELLADEN

## 10 FRAGEN ZUR SITUATION DES TAFELLADENS ETTLINGEN

**1. Wie viele Menschen sind bei euch einkaufsberechtigt und wie groß ist euer Einzugsbereich?**

In Ettlingen gibt es 263 Einkaufsberechtigungen, in Bad Herrenalb 89 und in Linkenheim-Hochstetten haben wir für 64 Haushalte Einkaufsberechtigungen ausgestellt. Einkaufsberechtigt sind Bezieher von ALG II, Menschen in der Altersgrundsicherung und Menschen in besonderen finanziellen Notsituationen. Der Einzugsbereich umfasst neben der Stadt Ettlingen noch Malsch, Karlsbad, Rheinstetten.

**2. Wer ist Träger des Tafelladen in Ettlingen, gibt es Kooperationen?**

Der Tafelladen Ettlingen ist ein gemeinnütziges ehrenamtliches Projekt des Diakonischen Werkes des evangelischen Kirchenbezirks im Landkreis Karlsruhe.

Unsere Kooperationspartner sind: Arbeiterwohlfahrt Ettlingen e.V., Caritasverband für den Landkreis Karlsruhe Bezirk Ettlingen e.V., Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Karlsruhe e.V., Stadt Ettlingen.

**3. Wie finanziert ihr den Laden und wie viele Mitarbeiter und Helfer habt, bzw. braucht ihr und wie finanziert ihr eure Mitarbeiter?**

Für Anschaffungen, wie Kühltheke, Fahrzeuge aber auch Versicherungen und Fortbildungen, Ladenmiete, Strom, Telefon und Abfallentsorgung aber auch Schädlingsbekämpfung werden die Einnahmen aus dem Verkauf aber auch Spenden benötigt.

Täglich arbeiten ca. 15 Menschen im Tafelladen Ettlingen. Das sind Ehrenamtliche und/oder AGH-Kräfte. Für den Tafelladen Ettlingen engagieren sich 65 Menschen im Ehrenamt. Für unseren Tafelladen engagieren sich im hohen Maß auch Schüler. Entweder im Rahmen eines Schulpraktikums oder ehrenamtlich in den Ferien. Schülerpraktikanten aller Schularten beteiligen sich an der Mitarbeit.

**4. Wie sieht ein Tag im Tafelladen aus:**

Wir arbeiten täglich von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, bei einer Öffnungszeit von 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr.

Zweimal täglich gehen unsere zwei Kühlwagen auf Tour. Wenn die Warenspenden in den Laden kommen, werden sie aussortiert, geputzt und verkaufsfertig in den Laden eingeräumt. Zur Verkaufszeit werden die Warenspenden dann zu einem geringen Preis an die Kunden abgegeben.

**5. Ihr kommt mit euren Kunden in das Gespräch. Welchen Anteil hat der Tafelladen am täglichen Lebensbedarf?**

Der Kauf von Lebensmittel im Tafelladen ermöglicht es unseren Kunden, sich kleine finanzielle Spielräume zu schaffen.

**6. Richten sich die Kunden mit Hilfe der Tafelladen in der Situation ein, oder sind die Einrichtungen lebensnotwendig?**

Die Lebenssituation vieler Menschen hat sich verändert. Durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Scheidung und Rente kann es schnell passieren, dass der tägliche Lebensunterhalt nur noch schwer oder gar nicht möglich ist. Die Tafeln wollen da unterstützend wirken auf der anderen Seite das Wegwerfen von Lebensmitteln verhindern.

**7. Noch vor wenigen Jahren waren viele der Meinung, dass die Einrichtung eines Tafelladens nicht notwendig ist, unser Sozialstaat sorgt für alle Bedürftige. Was muss Menschen passieren, dass ihre Lebenssituation sich so verändert, dass der Lebensunterhalt nur noch mit Hilfe des Tafelladens gemeistert werden kann?**

Der enorme Zulauf der Tafeln beweist die Notwendigkeit dieser Einrichtungen. Altersgrundsicherung und Hartz 4 sind keine Schlagworte sondern Lebensalltag vieler Betroffener. Arbeitslosigkeit, aber auch eine Scheidung, der Tod des Partners bringen die Menschen in eine wirtschaftliche Schieflage. Die Tafeln leisten da einen wertvollen Beitrag um diese Lebensumstände besser bewältigen zu können.

**8. Wie viele Menschen kommen in den Tafelladen?**

In der Woche kommen ungefähr 800 Menschen in den Tafelladen. Jede Einkaufsberechtigung versorgt im Schnitt 2,5 Personen. Manche Familien nutzen täglich die Möglichkeit zum Einkauf.

**9. Wie geht die Bevölkerung in Ettlingen auf euren Laden zu, gibt es Unterstützung?**

Wir haben Unterstützung von Schulen und Kindergärten. Dort werden für den Tafelladen haltbare Lebensmittel gesammelt und gespendet. Bürger und Bürgerinnen kaufen für uns ein und spenden diese Lebensmittel. Dafür erhalten sie eine Spendenbescheinigung.

Eine weitere Aktion heißt: Kauf eins mehr und bring's hierher. Dabei werden zweimal im Jahr von unseren sämtlichen Mitarbeitern Werbeaktionen durchgeführt. 12 Kirchengemeinden sammeln jährlich zu Erntedank Lebensmittel, die dann den Tafeln zu gute kommen.

**10. Seit wann besteht der Tafelladen in Ettlingen?**

Der Tafelladen in Ettlingen wurde am 19.06.2007 eröffnet. Am 16.04.2010 öffnete die Außenstelle Bad Herrenalb und am 06.07.2010 eine weitere Verkaufsstelle in Linkenheim-Hochstetten. Die Außenstellen werden vom Tafelladen Ettlingen betreut.

Die Belieferung von Linkenheim und Bad Herrenalb erfolgt zweimal die Woche durch Mitarbeiter aus Ettlingen.

*Das Interview führte Angelika Peter. Die Fragen beantwortet Sybille Thoma, ehrenamtliche Leitung des Tafelladens Ettlingen, Diakonie Ettlingen e.V.*

# BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

## DER WEG AUS DER ARMUT UND ZUR GERECHTEN GESELLSCHAFT?

Um es gleich vorweg zu nehmen: Nein, ich denke nicht, dass durch ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) unsere Gesellschaft gerechter werden würde und Armut verschwinden würde.

Um sich der Antwort zu nähern macht es Sinn, sich zunächst die verschiedenen Formen des BGE anzuschauen, die Höhe der zur Verfügung gestellten Betrages, wie finanziert es sich und unter welchen Rahmenbedingungen wird es ausbezahlt.

- „Umbau einer Arbeitnehmergeellschaft mit hohem Arbeitslosenanteil hin zu einer Gemeinschaft von Freiberuflern mit bedingungslosem Grundeinkommen“ ist die Forderung von Götz W. Werner, Gründer der Drogeriemarktkette dm. Finanziert wird zu 100 % über die Mehrwertsteuer, die als Verbrauchsteuer sozial gerecht ausgestaltet werden kann (Milch würde geringer besteuert als Kaviar), Einkommenssteuer, Vermögenssteuer sollen abgeschafft werden. Je nach Finanzierbarkeit ist ein Betrag von 400–1.500 €/Monat angedacht. Ausbezahlt wird an alle ohne jegliche Prüfung.

Schon der schwankende Monatsbetrag macht deutlich, dass es hier nicht um ein existenzsicherndes BGE geht, die Idee Unternehmenssteuern zu senken ist offensichtlich. Auch ist die soziale Staffelung der Mehrwertsteuer nur eine scheinbar soziale Komponente, denn sie berücksichtigt nicht die unterschiedliche Zahlungsfähigkeit der einzelnen Gesellschaftsmitglieder, zudem sind kinderreiche Familien stärker belastet. Eine deutliche Steigerung der Lebenshaltungskosten wäre zu befürchten.

Je mehr jemand an Einkommen erzielt, desto geringer wird der Anteil des Einkommens der für Konsum verwendet wird und somit auch der Steueranteil gemessen am Gesamteinkommen. Indirekte Steuern belasten untere Einkommensgruppen stärker als die oberen, Umverteilungsprozesse von unten nach oben würden verstärkt, die Vermögensschere würde immer weiter auseinander gehen.

Der Staat hätte eine vom Konsum abhängige Einnahmequelle, seine Handlungsfähigkeit wäre in Frage gestellt. Leistungen z.B. der Krankenkasse, für Schulbildung, für Straßenbau könnten evtl. nicht mehr (voll) finanziert werden.

- Im „solidarischen Bürgergeld“ von Dieter Althaus (CDU) würde jedes Kind 300 €, jede/r Erwachsene 600 €/Monat und Erwachsene ab dem 67. Lebensjahr eine Zusatzrente von höchstens 600 €/Monat, abhängig von ihrer Erwerbstätigkeit, bekommen. Hinzu kommen Gutschriften von 200 € Gesundheits- und Pflegeprämien. Behinderte und Menschen in besonderen Lebenslagen (z.B. Alleinerziehende) können einen Zuschlag beantragen der sich nach dem individuellen Bedarf richten soll. Alle bisherigen Sozialleistungen (Wohngeld, Kindergeld usw.) entfallen. Arbeitgeber entrichten eine Lohnsummensteuer von 10-12 %, die

Einkommenssteuer soll auf 50 % erhöht und mit dem Bürgergeld verrechnet werden. Ab 1.600 € Einkommen halbiert sich das Bürgergeld, Bezieher/innen höherer Einkommen zahlen nur 25 % Steuern.

Hier liegt das Einkommen deutlich unter der Armutsgrenze die in der EU festgelegt ist. Bestehende Sozialversicherungen werden stark eingeschränkt, die paritätische Beitragspflicht für Arbeitgeber endgültig aufgehoben. Durch den einheitlichen Steuersatz würden verstärkt die höheren Einkommen entlastet. „Solidarisch“ ist somit gar nichts an diesem Modell.

- Auf diesen Ideen aufbauende Studien gehen noch weiter: alle steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen würden abgeschafft, und alle sozialpolitisch motivierten Regulierungen des Arbeitsmarkts sollen gestrichen werden.

Das hieße keinen Kündigungsschutz und dafür betrieblich zu vereinbarenden Abfindungsregelungen, keinen Flächentarifvertrag oder gesetzlichen Mindestlohn sondern betrieblich frei zu verhandelnde Löhne/Gehälter. Arbeitnehmer/innen hätten weniger Rechte, die Gewerkschaften keine strukturelle Gegenmacht mehr. Der Staat und der öffentliche Sektor könnten so „gesund geschrumpft“ werden.



Andrea Schiele

Hinter diesen Modellen steht häufig die Idee bei Bezieher/innen von Transferleistungen die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen. Dies zeugt von einem Menschenbild, das sich häufig mit den Stichworten „arbeitscheu“, „soziale Hängematte“ und ähnlichen verbindet. Neben der Entsolidarisierung zwischen den Einkommensstarken und den Einkommensschwachen sowie der Vorstellung von einem handlungsfähigen Staat widerspricht auch dieses Menschenbild einer von sozialdemokratischen Werten getragenen Gesellschaft.

- ein Grundeinkommen wird an die Ableistung von unbezahlter „Bürgerarbeit“ oder der „glaubwürdiger und beglaubigter Bildungsarbeit“ gekoppelt.



In beiden Varianten werden Bedingungen gestellt, darüber hinaus keine konkreten Rahmenbedingungen genannt.

- Ein Existenzgeld, abgekoppelt von der Lohnarbeit, soll einen Rechtsanspruch auf eine bedarfsunabhängige materielle Absicherung gewährleisten. Es soll bedingungslos an den/die Einzelne/Einzelnem ausgezahlt werden. Dafür braucht es als Zwischenschritte: Abschaffung aller Formen von kommunalen Zwangs- bzw. Pflichtdiensten, Abschaffung von Sperr- und Säumniszeiten, Sicherung des Berufsschutzes und Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel, Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Im Ganzen gesehen lässt sich soziale Sicherung nicht von Erwerbsarbeit entkoppeln – denn die Grundlage für soziale Sicherung basiert immer auch auf Erwerbsarbeit. Allenfalls Teile der Bevölkerung können leben ohne zu arbeiten – dies funktioniert jedoch nur so lange wie andere arbeiten und den gesellschaftlich erzeugten Reichtum mit ihnen teilen.

Mit dem BGE verbindet sich die Hoffnung, weg von Transferleistungen für Menschen, die entweder nicht über ein ausreichendes Erwerbseinkommen oder über erworbene Ansprüche aus dem Versicherungssystem verfügen, ohne Bedürftigkeitsprüfung hin zu einer existenzsichernden Zuwendung ohne Zwänge und besondere, heute häufig entwürdigende, Nachweise zu gelangen. Zudem hat es den Charme, dass ein unübersichtliches Geflecht von Leistungen durch einen einzigen Akt ersetzt werden könnte und Kontroll- und Sanktionsmechanismen wegfallen würden.

Dem gegenüber steht, dass es eine endgültige Abkehr der Sozialstaatstruktur bedeuten würde. In diesem Sozialstaat sind über die Sozialversicherungen unterschiedliche Standardrisiken (Krankheit, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit) kollektiv abgesichert. Voraussetzung: versicherte Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben vorher entsprechende Beiträge gezahlt. Nur wenn dies nicht so ist oder die Leistungsansprüche ausgeschöpft sind, wird auf bedarfsabhängige, steuerfinanzierte Leistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe) nach einer Prüfung der Einkommensverhältnisse zurück gegriffen. Der Sozialstaat wäre auf ein Minimum reduziert. Die Sozialversicherungen zerschlagen. Das wäre voll und ganz im Interesse der am Anfang dargestellten Varianten des BGE.

Hinzu kommt, dass aktuell im Bundeshaushalt ca. 300 Mrd EUR hierfür bereit gestellt sind. Es würde ein Mehrfaches dieses Betrags benötigt, wenn tatsächlich allen ein existenzsichernder Betrag zur Verfügung gestellt werden müsste. Neben der Frage, warum dies auch Millionäre und Milliardäre erhalten sollten, stellt sich die Frage, wie dies gegenfinanziert werden kann – eine Erhöhung von Konsumsteuern sollte nicht sein – doch was bleibt dann? Ich würde so ein System auch nicht als gerecht beschreiben.

In dem Moment, wo ein Mechanismus eingesetzt wird, Wohlhabende und Reiche sollen das Einkommen nicht bekommen oder steuerrechtlich angerechnet bekommen, ist es wieder weder allgemein noch bedingungslos – es müssten wieder Einzelfallprüfungen stattfinden zur Klärung, ob die Grenze der Einkünfte über- oder unterschritten ist. Es wäre also wieder ein ähnlicher Kontrolldruck wie derzeit auch vorhanden – welche Behörde den ausübt, spielt da keine Rolle.

Mein Fazit: Die Grundungerechtigkeit, das Menschen, die arbeiten und davon nur recht und schlecht oder gar nicht leben können, während andere ohne eigene Arbeit ihr Vermögen vermehren können, wird durch das BGE weder aufgehoben noch gelöst. Darüber hinaus könnten Bezieher/innen eines BGE Arbeit zu jedem (schlechten) Lohn annehmen, da davon ja keine Existenzsicherung mehr erwirtschaftet werden müsste. Einem weiteren Preisverfall bei der Bezahlung von Arbeit wäre damit Tür und Tor geöffnet. Ganz zu schweigen, dass der politische Druck auf Regierungen Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen deutlich sinken würde. Bezieher/innen des BGE wären vielleicht finanziell besser gestellt als heute – aber sie wären weiterhin nicht sozial eingebunden in einer Gesellschaft in der Menschen ihren Lebenssinn, ihren sozialen Status und das Selbstwertgefühl auf Erwerbsarbeit aufbauen. Das BGE geht nicht an die Ursachen von Armut: Warum ist jemand in Not geraten? Wie wird in der Gesellschaft generell Reichtum umverteilt?

Ja, es braucht Grundsicherungselemente in den bestehenden Sozialversicherungssystemen – Nein, ein bedingungsloses Grundeinkommen löst die Fragen und Ursachen von Armut und Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft nicht.

Andrea Schiele

## AUS HUNGERLÖHNEN WERDEN HUNGERRENTEN

25 PROZENT DER JETZIGEN RENTNERINNEN BEZIEHEN WENIGER ALS 300 EURO

**Altersarmut hat es zu einem der zentralen sozialpolitischen Themen im Bundestagswahlkampf 2013 geschafft. Das ist ja schon einmal ein Erfolg.**

Aus Hungerlöhnen werden Hungerrenten. Denn beim Punktesammeln zur Errechnung der individuellen Frauenrenten ist das weibliche Geschlecht doch deutlich im Nachteil. Die Verdienstunterschiede bei Frauen und Männern haben wir gerade beim Equal Pay Day beklagt.

Die Zuverdienerinnen-Ehe ist zwar seit über 30 Jahren aus dem Gesetz verschwunden, aber deswegen noch lange nicht aus den Köpfen. Unfreiwillige Teilzeitarbeit, insbesondere im Dienstleistungsbereich, und die - zu allem Überfluss Anfang des Jahres auf 450 EURO angehobenen - Minijobs, bringen die Frauen rententechnisch nicht vorwärts. Das Ehegattensplitting

trägt das Seine dazu bei und über Frauen in Führungspositionen schweigen wir an dieser Stelle.

All dies führt dazu, dass die durchschnittliche Rente von Frauen in Westdeutschland bei monatlich 487 EURO<sup>1</sup> liegt.

Gerade einmal 0,6 % aller Rentnerinnen erhalten eine Rente, die 1.500 EURO und höher ist, während über ein Viertel aller jetzigen Rentnerinnen eine Rente unter 300 EURO bezieht. Der Eckrentner, die Figur, die 45 Jahre lang das Durchschnittsentgelt aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekommen, und darum einen Bruttorentenanspruch von über 1.250 EURO erworben hat, ist also für die aller-, allermeisten Frauen ein Phantom. Um 850 EURO Nettorente zu erreichen, muss ich in Vollzeitarbeit bei einem Stundenlohn von 7,50 EURO 70 Jahre arbeiten, selbst bei einem Stundenlohn von 15 EURO sind es noch 35 Jahre.

Okay, Kindererziehung wird aufgewertet. Auch Teilzeitbeschäftigung. Aber die Kinder, die vor 1992 geboren sind, sind der Gesellschaft halt nur 28 EURO und 7 Cent wert, für Kinder, die ab 1992 geboren sind, gibt es immerhin das Dreifache. Eine zentrale Forderung der Frauen ist daher die Aufwertung der Anerkennung der Kindererziehungszeiten auf drei Rentenpunkte für alle.

Die Rente mit 67 ist eine Rentenkürzung und deshalb ist es richtig, sie wenigstens auszusetzen, da die Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen zwar langsam steigt, aber immer noch weit von 50 % entfernt ist.



Leni Breymaier

Die private Vorsorge ist für Frauen keine Alternative. Wenn heute schon 75 % der privaten Lebensversicherungen vor Ablauf der Zeit beendet werden, wie können Frauen mit ihren unterbrochenen Erwerbsbiographien denn bis zum Schluss durchhalten. Mir hat sowieso noch niemand erklärt, warum die private Vorsorge demographiefester sein soll als die gesetzliche Rentenversicherung. Diese muss gestärkt werden. Je höher der Anteil der privaten Vorsorge an der Alterssicherung in einem Land ist, desto höher ist die Altersarmut insbesondere der Rentnerinnen. Die entscheidende Frage ist nicht, wie viele Junge wie vielen Alten gegenüberstehen, die wirklich wichtige Frage ist, wie viel Erwerbstätige wie viel Nichterwerbstätigen gegenüberstehen und wie hoch die Entgelte sind. Deshalb

ist mein Leitspruch: Arbeitszeitsplitting statt Ehegattensplitting. Wir Frauen müssen uns unseren Anteil an der bezahlten Arbeit sichern. Im Moment haben wir davon nur ein Drittel. Wir Frauen müssen auch unseren Anteil an der unbezahlten Arbeit abgeben, davon haben wir nämlich den größten Teil bekommen.

Alle Zahlen, die ich bis jetzt genannt habe, betreffen die derzeitige Rentnerinnen- und Rentnergeneration. Wie es in Zukunft aussehen wird, wenn die Generation der Praktikantinnen, Niedriglöhnerinnen, Teilzeitbeschäftigten in Rente kommen, mag man sich nicht vorstellen. Deshalb ist es wichtig, heute die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Beitragssenkungen sind Quatsch. Wir müssen das derzeitige Rentenniveau beibehalten, Abschläge abschaffen, Zeiten von Arbeitslosengeld II-Bezug wieder berücksichtigen. Wir brauchen auch eine Fortsetzung der Rente nach Mindesteinkommen und Möglichkeiten für einen früheren Ausstieg.

Das Ziel muss eine Erwerbstätigenversicherung sein, ähnlich wie die Bürgerversicherung bei der Krankenversicherung. Betriebliche Altersversorgungen dürfen nicht dazu führen, dass die gesetzliche Rentenversicherung geschwächt wird.

Rentenpolitisch hat die SPD aus Fehlentscheidungen der Vergangenheit gelernt. Auch aus der Finanzkrise. Die aktuellen Beschlüsse gehen absolut in die richtige Richtung. Wir müssen im Wahlkampf fragen: Wie hält man es mit dem Aussetzen der Rente mit 67? Wie hält man es mit Beitragssenkungen? Wie hoch soll das Rentenniveau in Zukunft sein? Wie stellt man sich die Erwerbsminderungsrenten vor? Wie soll ein sozialer Ausgleich in der Rente erfolgen? Welche Modelle zur Bekämpfung von Altersarmut bei Frauen sind geplant? Wie kann der Übergang vom Erwerbsleben in die Rente gut gestaltet werden? Wie hält man es mit der Erwerbstätigenversicherung? Wie soll betriebliche Altersversorgung gestaltet werden?

Es geht einerseits darum, die heutige Rentnerinnengeneration über die Grundsicherungsansprüche zu heben. Dazu taugt das Modell der sogenannten Lebensleistungsrente der Bundesarbeitsministerin überhaupt nicht. Es geht aber auch darum, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Leni Breymaier

Ver.di-Bezirksleiterin Baden-Württemberg

<sup>1</sup> Durchschnittliche Rentenzahlbeträge (nur Altersrente) der Rentenzugänge 2011 nach Abzug des Krankenkassenbeitrags. (Stand 08.06.2012)

# ARMES EUROPA – FRAUEN UND KINDER ZUERST

## ARMUTSZEUGNIS FÜR DIE SOZIALE ABSICHERUNG INNERHALT EUROPAS

In der aktuellen Sexismusdebatte wird unter anderem darüber diskutiert, ob bei der Rettung in Katastrophenfällen die Devise „Frauen und Kinder zuerst!“ aus gleichstellungspolitischer Sicht problematisch ist oder nicht. In Europa haben wir es aber momentan mit einer Katastrophe zu tun, die zuerst und am schwersten Kinder und Frauen trifft. Die Katastrophe heißt Armut.

Der aktuelle EU-Sozialbericht, die neuesten Eurostat-Zahlen und die alarmierenden Meldungen von gemeinnützigen Organisationen zeigen deutlich – die Armut in Europa steigt. Besonders betroffen sind Kinder, Jugendliche, alleinerziehende Mütter und arbeitslose Frauen. Im Jahr 2011 waren im EU-Raum bereits knapp 30 Prozent aller Kinder im Alter von 0-17 Jahren armutsgefährdet. Haushalte eines alleinerziehenden Elternteils mit einem oder mehreren Kindern kamen auf Armutsraten von bis zu 49%. Noch einmal: Fast die Hälfte aller Alleinerziehenden (vorwiegend Frauen) und ihre Kinder leben innerhalb der Europäischen Union in Armut oder sind von Armut bedroht. Diese Zahlen sind nicht nur ein Armutszeugnis für die soziale Absicherung innerhalb der EU, sondern deshalb besonders alarmierend, da eine Trendwende nicht zu erkennen ist.

Von Armut bedroht zu sein heißt auch in ganz Europa nicht nur der Verzicht auf teure Freizeitaktivitäten, sondern betrifft ganz existenzielle Bedürfnisse, wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Nach Angaben des Roten Kreuzes waren noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg mehr Menschen von den täglichen Essensausgaben gemeinnütziger Organisationen abhängig wie heute. Allein in Spanien sind mittlerweile über 3 Millionen Menschen auf die täglichen Lebensmittelrationen angewiesen! Und obwohl das ganz besonders die südlichen Länder Europas trifft, verarmen die Menschen auch in den verhältnismäßig gut dastehenden Ländern, auch in Deutschland. Die stetig anwachsende Zahl von Tafelläden in Deutschland ist nur ein ganz handfester Beweis für diese Tatsache, die auch die Endfassung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der schwarz-gelben Bundesregierung nicht verschleiern konnte.

Durch die Krisen in Europa und durch die damit zusammenhängenden Sparprogramme, die einigen

Ländern aufgezwungen wurden, stieg als Folge nicht nur die Arbeitslosenquote in den EU-Ländern und das Einkommen vieler Menschen sank, sondern vor allem das soziale Netz wird durch die Sparmaßnahmen immer löchriger und treibt immer schneller immer größere Bevölkerungsteile in die Armut. Nachweislich, Frauen und Kinder zuerst. Und wir wissen auch: Wenn wir an dieser dramatischen Entwicklung etwas ändern wollen, dann muss endlich Schluss sein mit dieser Krisenbewältigungspolitik à la Merkel. Dann muss endlich Schluss sein mit dem Spardiktat und der zwangsweisen Verelendung durch das Zusammenstreichen des letzten bisschen Rests an sozialer Absicherung.

Was wir in Europa brauchen ist eine konsequente Bekämpfung von Armut und das bedeutet auch eine wirkliche Investitionspolitik, die nicht nur den Betroffenen selbst, sondern in Gänze neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnet, und der Kampf für soziale Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Ein Europa mit einer massenhaften Jugendarbeitslosigkeit ist kein soziales Europa. Ein Europa, in dem Frauen in Armut getrieben, ihnen berufliche Perspektiven verwehrt werden und sie weniger verdienen als Männer, ist kein soziales Europa. Ein Europa, in der bei den Ärmsten gespart wird und die Reichsten belohnt werden, ist kein soziales Europa.

Für den Bundestagswahlkampf haben wir uns das Thema soziale Gerechtigkeit mit auf die roten Fahnen geschrieben, doch der Blick für das Soziale darf auch in diesem Wahlkampf nicht an den Grenzen unseres Landes stehen bleiben. Bei dieser Bundestagswahl geht es auch um die Zukunft Europas und nicht erst bei der anschließenden Europawahl. Wir müssen uns in beiden Wahlkämpfen bewusst sein: Die Europäische Union darf für die Menschen in Europa nicht weiter das Sinnbild für soziale Ungerechtigkeit werden. Den verheerenden Wirkungen der Austeritätspolitik à la Merkel und ihren marktradikalen Mitstreiter/innen muss glaubhaft unsere Vorstellungen eines sozialen Europas gegenübergestellt werden. Denn für uns gilt: Das Soziale zuerst.

Luisa Boos

## MIGRANTINNEN

### ARMUTSRISIKO IST ÜBERDURCHSCHNITTlich HOCH

Menschen mit Migrationshintergrund sind den Ergebnissen des Mikrozensus 2010 zufolge in Deutschland überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet. 2010 war ihr Armutsrisiko mit etwa 26 % mehr als doppelt so hoch wie das der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012).

Die bei der Gesamtbevölkerung bekannten Muster – zum Beispiel überdurchschnittliche Armutsgefährdung von Alleinerziehenden, Schulabbrechern und Erwerbslosen – gelten auch für die Menschen mit Migrationshintergrund, allerdings auf wesentlich höherem Niveau.

Frauen haben in der Gesamtbevölkerung ein höheres Armutsrisiko, dasselbe gilt auch bei der

Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund. Die überproportionale Beschäftigung von Frauen im Niedriglohnbereich hat zur Folge, dass Frauen oft mit niedrigen Gehältern, unsicheren Arbeitsplätzen, geringen Aufstiegschancen und atypischen Arbeitszeiten (Schichtdienst) konfrontiert sind. Außerdem gewährleisten Jobs im Niedriglohnbereich keine vollständige soziale Absicherung.

Allerdings ist die Differenz zwischen Migrantinnen und Migranten etwas geringer, was vermutlich daran liegt, dass geringe berufliche Qualifikation, Arbeitsfelder im Niedriglohnbereich und prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Vergangenheit und bis heute für beide Geschlechter gelten.

Darüber hinaus ist das Armutsrisiko in der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund insbesondere bei den jungen Menschen unter 18 (ca 30%) und bei den Älteren über 65 Jahren (28,7 %) extrem hoch. Ganz besonders hier besteht dringender politischer Handlungsbedarf! Der Anteil der älteren MigrantInnen wird in der Zukunft deutlich wachsen und damit auch der Anteil an armen Alten. Während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung aber noch relativ gering ist, bewegt sich der Anteil von jungen Menschen mit



Migrationshintergrund auf die 50% Marke zu, in manchen Städten liegt er bereits darüber. Das heißt, hier wächst ein zunehmend großer Bevölkerungsanteil in Armut auf. Das Rezept der vergangenen Jahre – Bildung, Bildung, Bildung – ist sicherlich auch für diese Bevölkerungsgruppe wichtig und richtig, denn das größte Armutsrisiko entsteht durch einen fehlenden Schulabschluss. Doch bei einem genaueren Blick auf die Zahlen wird deutlich, dass eine höhere Bildung und berufliche Qualifikation das Armutsrisiko bei Menschen mit Migrationshintergrund nicht proportional verringert. Das heißt z.B. konkret, unter den erwerbslosen Frauen mit Migrationshintergrund sind doppelt so häufig Hochschulabsolventinnen zu finden wie unter allen erwerbslosen Frauen. Ein Fachhochschulabschluss bewahrt eingebürgerte Migrantinnen und Migranten und in Deutschland geborene Kinder von Zuwanderern weniger vor Erwerbslosigkeit als Einheimische.

Bildung und berufliche Qualifikation sind wichtige Schlüssel, aber allein reichen sie offenbar nicht aus, um dem besonderen Armutsrisiko der Menschen mit Migrationshintergrund entgegenzuwirken. Es bedarf einer verstärkten Antidiskriminierungspolitik, einer stärkeren Öffnung einkommenssicherer und besser bezahlter Berufsbereiche und einer Sozialpolitik, die Kindern und deren Eltern jeglicher Herkunft eine Chance in der Mitte der Gesellschaft bietet.

Dr.Claudia Schöning-Kalender

## WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

### FRAUEN SIND BESONDERS BETROFFEN

Die Europäische Union befindet sich in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, die durch Merkels eisernes Spardiktat noch weiter verstärkt wird. Dies hat zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen in vielen Mitgliedstaaten geführt. Frauen sind von der Krise und der drohenden Armut besonders betroffen. Durch den Verlust oder die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, durch Gehaltskürzungen, durch Haushaltskürzungen im öffentlichen Dienst oder bei Sozialdienstleistungen.

Dabei ist wirtschaftliche Unabhängigkeit und berufliche Verwirklichung eine grundlegende Voraussetzung für die Durchsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann.

Diese Finanzkrise darf nicht in eine Gleichstellungskrise ausarten. Im Gegenteil: Gleichstellung muss als Lösungsmodell für die Krise begriffen werden.

Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung während der vergangenen Plenarwoche ein Paket von 82 Forderungen an die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission verabschiedet, durch die die Lage von Frauen, die durch die Wirtschaftskrise betroffen sind, verbessert werden soll.

Nachzulesen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0073+0+DOC+XML+V0//DE>

Evelyne Gebhardt MdEP

### IMPRESSUM

Herausgeber  
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift  
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart  
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61936-20  
www.spd-bw.de

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann  
Fotos: SPD-Landesverband, K. Altpeter, E.Gebhardt, H. Mattheis, S. Wölfle, L. Breymaier  
Konzeption & Gestaltung: IFK Berlin, www.ifk-berlin.org

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redaktion wieder.